

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1268, Baden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonten: Städtische Staatsbank,  
Dresden, Post d. Arbeiter, Ange-  
stellten u. Beamten, V.D., Dresden,  
Gebrüder Krumbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich Art, ist es durch oder ohne Einverständnis des Verlegers der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abbestellungspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: 1,20 M. monatlich 3,60 M. jährlich 40 M. Prämienloose, Postbezug 1,20 M. monatlich, Post u. Zustellungsgeb. 84 M. Telexkomm.-Abgabe: Dresdner Volkszeitung

Vertriebspreis: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Spree-  
hunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Vertriebspreis: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 13 707,  
Sprechstunde von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normalzeile 25 Pf., die  
40 mm breite Reklamazeile 2 Pf., für außerhalb 40 Pf. u. 2,50 M.  
abwärts. Preisbefreiung laut Tarif, Familienanzeigen, Geburten- u.  
Sterbefälle 20 Pf., wochentags 10 Pf., Sonntags 10 Pf.

Nr. 91

Dresden, Dienstag, den 19. April 1932

43. Jahrgang

## Gegen Naziterror in Sachsen

Ein Vorstoß der SPD-Fraktion im Landtag

### Anfangen!

Wie steht es mit der Arbeitsbeschaffung?

Von E. Kuhhäuser, M. A. N.

Zwischen der Präsidentschaftswahl und den Landtagswahlen hat der außerordentliche Gewerkschaftskongress des Jahres mit wuchtigen Schlägen gegen jene unerträgliche Arbeitslosigkeit protestiert, mit der die verantwortlichen Stellen dem juchzenden Massenland der Erwerbslosen gegenüberstehen. Der KfA-Bund hatte kurz vorher ebenfalls auf einer außerordentlichen Tagung höchste Aktivität zur Arbeitsbeschaffung gefordert.

Es ist lange genug von den Schwierigkeiten unserer Lage in Deutschland geredet worden. Wir sind uns auch bewußt, daß die Weltwirtschaftskrise nur durch internationale Aktionen beendet werden kann. Doch bringt uns die Erkenntnis dessen, was außerhalb der innerwirtschaftlichen Möglichkeiten gelegen ist, nicht über die Pflicht hinweg, endlich das Mögliche an Belebung des Arbeitsmarktes zu tun.

Die freien Gewerkschaften haben die als besonders gefährlichen Arbeiten ausgesetzt, die nicht nur Beschäftigung bringen, sondern die auch volkswirtschaftlich rentabel sind. Die Antwort der Reichsregierung, wie sie Reichsarbeitsminister Siegelwald gegeben hat, war völlig ungenügend. Seine Ankündigung, daß Pläne bestanden für eine verstärkte Siedlungsstätigkeit, besonders zur Förderung der städtischen Wohnraumbedeutung, und zur Erleichterung der Wohnungsreparaturen, waren gegenüber dem Massenland der Erwerbslosen an sich zu dürftig. Soweit in dieser Hinsicht auf dem Kongress seitens der Regierung Phantasie entwickelt wurde, war sie schüchtern. Die alten Invaliden der Arbeit sollen mangels ausreichender Unterstützung anfangen, Kartoffeln zu bauen, und im übrigen denkt man ernstlich an den Ausbau des verhängnisvollen Arbeitsdienstes.

Was kann unter Rücksicht auf die finanzielle Tragfähigkeit Deutschlands heute zur Arbeitsbeschaffung getan werden? Diese Frage wird in diesen Wochen nicht nur mit papierernen Plänen, sondern politisch gelöst werden müssen. Kein vernünftiger Arbeiter oder Angestellter möchte Arbeitsbeschaffung um den Preis einer neuen Inflation erkaufen. Die Lohnierten des Krisenkongresses haben indes mit gutem Recht darauf verwiesen, daß das Reich Hunderte von Millionen Mark zur Subvention der Industrie und der Banken, Tausende von Millionen zur Unterstützung der Landwirtschaft bereitgestellt hat, ohne bei diesen finanziellen Belastungen jemals jenen währungsrechtlichen Bedenken aufzuarbeiten, als sie ausgerechnet immer dann mit wissenschaftlicher Exactness vorgebracht werden, wenn es um Arbeit für hungernde Menschen gehen soll.

Bei der Bewilligung tiefer Subventionen wird zuerst die Notwendigkeit der Ausgabe festgestellt, und dann muß die Leistung geschaffen werden. Es ist unerhört, wenn gegenwärtig im Etat für Arbeitsbeschaffung so gut wie nichts vorgesehen ist. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben wiederholt Steuerreformen vorgeschlagen, die nicht etwa finanztechnisch, sondern lediglich politisch abgelehnt worden sind. Warum wird die Umgestaltung der Hauszinssteuer nicht vorgenommen? Auch die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung kann bei einer großzügigen Arbeitsbeschaffungsaktion durch die Verminderung der Unterstützungsempfänger Mittel für die Beschäftigung der Erwerbslosen frei machen. Schließlich ist es unverständlich, daß Woche für Woche ins Land geht, ohne daß der Vorschlag einer großen Volksanleihe aufgenommen wird. Ob Zwangsanleihe, ob freiwillige Prämienanleihe, es müßte die brennendste Aufgabe aller politischen Faktoren sein, mit einem allgemeinen Appell an das gesamte Volk zu gehen, um den erwerbslosen Volksgenossen durch die Verminderung der Unterstützungsempfänger Mittel für die Beschäftigung der Erwerbslosen frei zu machen. Hier wäre eine nationale Tat zu vollbringen, die auch gelingt, wenn nur erst die ängstlichen Gemüter, die heute ihr Geld im Strampfen aufbewahren, Entschlossenheit zur Ankerbelastung der Wirtschaft zu finden bekommen.

In dieser Zeit der höchsten Not müssen alle Volkskassen, die Vermögen oder Einkommen haben, ob viel, ob wenig, zur einmaligen solidarischen Handlung für die Arbeitslosen aufgerufen werden. Das ist der Sinn jener Volksanleihe, die der Anfang für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung sein wird. Darauf aber kommt es an. Je länger Berechnungen angestellt werden, um so teurer wird jede Maßnahme. Anfangen, das war der Ruf der gewerkschaftlichen Tagungen dieser Wochen.

### Verzagende Behörden

Obgleich wir in Sachsen noch keine Naziregierung haben, ereigneten sich in den letzten Wochen mancherlei Vorgänge in Sachsen, die uns nur allzu sehr an die Verhältnisse in Deutschland von dem geben, was wir zu erwarten hätten, wenn wirklich Gregor Stroher im sächsischen Innenministerium thronete. In den sächsischen Amtsstuben scheint so mancher zu sitzen, der sich entweder schon zu den Anhängern Hitlers zählt oder sich doch für den Fall, daß das Dritte Reich kommt, gebührend sichern will. Deswegen drückt offenbar so mancher sächsischer Beamte bei den Augen zu, wo es seine Pflicht wäre, darauf zu achten, daß die sächsische Bevölkerung vor den Nazihorden geschützt wird und daß die Gesetze beachtet werden. Bei der Durchführung der gebotenen polizeilichen Maßnahmen fehlt es häufig an der notwendigen Energie, und manchmal sieht es gerade so aus, als wenn die zuständigen Stellen eifrig bemüht wären, zu verhindern, daß Maßnahmen durchgeführt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb im Landtag eine Anzahl Anfragen und Anträge eingebracht, in denen derartige Vorgänge geschildert werden. Es wird in diesen Anfragen und Anträgen u. a. folgendes ausgeführt:

Auf Grund des § 1 Absatz 1 Ziffer 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 hat die Regierung mehrfach verfügt, daß der Zugang von Personen zu öffentlichen Kundgebungen verboten ist. Beim Aufmarsch der Eisernen Front am 21. Februar 1932 hat die Regierung lediglich den Zugang aus der nächsten Umgebung zu Kundgebungen gestattet. Dagegen sind die Polizeibehörden nicht eingeschritten, als zu den Hitler-Versammlungen am 3. April 1932 Zugang aus ganzen Bezirken, ja aus Orten außerhalb Sachsens erfolgte.

Die in vielen Orten in der Gegend von Chemnitz, den 16. April, das dortige Brauereigebäude nach nicht aufgeführt werden. Die Reichswehrverordnung vom 13. April 1932 wurde nicht durchgeführt.

Am 13. März 1932 haben in Gottschewitz Nationalsozialisten mit harter Übermacht, mit Revolvern, Schabracken und Gummiknüppeln bewaffnet, einen regelrechten Sturmangriff auf unbewaffnete Reichsbannerleute unternommen. Die Häuser, in die die Reichsbannerleute flüchteten, wurden regelrecht belagert. Von den Nationalsozialisten wurden scharfe Schüsse abgegeben. Auf einen bereits am Boden Liegenden wurde nachweisbar zweimal geschossen. Verwundete Arbeiter wurden in un-

menschlischer Weise geschlagen. Das Ueberfallkommando kam viel zu spät.

Am 6. April 1932 fand in Leipzig-Mockau eine politisch genehmigte Demonstration für die Wahl des Reichspräsidenten Hindenburg statt. Dabei haben Nationalsozialisten einen Zusammenstoß mit einer Schlägerei mit Demonstranten provoziert und zwei Demonstranten durch Revolverkugeln schwer, einen dritten leichter verletzt. Zwei Revolverkugeln schlugen in ein zufällig vorbeifahrendes Personenauto, wobei es nur einem glücklichen Zufall zu danken ist, daß die Kautschuffel nicht getroffen wurden.

Zwei Nationalsozialisten wurden als Täter ergriffen und der Polizei übergeben, andere Mitteilnehmer entkamen. Der hinterhältige Ueberfall der Nationalsozialisten ist ein neuer Beweis für das gemeingefährliche Treiben der Nationalsozialisten.

Freitag, den 8. April 1932, fand in Markneukirchen ein von der dortigen Polizeibehörde genehmigter Aufmarsch der Eisernen Front statt. Obwohl der sächsische Polizeibezirk auf dringende Bitten aufmerksam gemacht wurde, lehnte er den angeforderten polizeilichen Schutz ab. So kam es zu wilden Provokationen durch die Nationalsozialisten, die die Teilnehmer bedrohten und bedrängten, ohne daß die örtliche Polizei eingriff. Etwa hundert Nationalsozialisten belagerten das Ortskino, in dem ein Arbeiterfilm der SPD zur Reichspräsidentenwahl lief. Nur infolge der Disziplin der sozialdemokratischen Arbeiterkraft wurden ernstliche Zusammenstöße vermieden.

Donnerstag, den 31. März 1932, wurden gegen 23 Uhr in Gainsdorf auf den Landtagsabgeordneten und Bergarbeiter Paul Herrmann vier Schüsse abgegeben. Nachdem sofort die zuständige Gendarmeriekommission Wilkau vom Gemeindevorstand Gainsdorf von diesem Mordversuch in Kenntnis gesetzt worden war, erklärte der Gendarm Holzhausen, er könne erst am Freitag früh am Tatort erscheinen. Er kam dann erst gegen 12 Uhr mittags, also 13 Stunden nach dem Verbrechen, in Kenntnis gesetzt worden war, die politische Polizei und die Staatsanwaltschaft in Wilkau sofort in Kenntnis zu setzen, denn die Beamten der politischen Polizei erschienen erst in den späten Nachmittagsstunden, gegen 17.30 Uhr, etwa 18 Stunden nach der Tat, am Tatort, die der Staatsanwaltschaft erst am Sonnabend um 9.30 Uhr.

Dadurch ist eine erfolgreiche Fahndung nach den Missetätern außerordentlich erschwert, ja, fast unmöglich gemacht worden.

Der Gemeindevorstandsvorsitzende Böhler aus Neutirch (Rauß) ist gleichzeitig Sturmbannführer der NSDAP, der Ortsgruppe Neutirch. Er hat es am 4. April fertiggebracht, als Führer

### Ludendorff sagt:

## „Heraus aus dem braunen Sumpf!“

General Ludendorff läßt soeben — angeregt und veranlaßt, wie er sagt, durch die Veröffentlichungen über den Hauptmann Röhm und das nationalsozialistische Führertum — eine Kampfschrift erscheinen, die den Titel führt: „Heraus aus dem braunen Sumpf!“ und in der Aufforderung ausklingt: „Deutsche Männer und deutsche Jungen, zieht euch wieder weiße Hemden an!“ (Erschienen in Ludendorffs Volkswarte-Verlag.)

Ludendorff ist einer jener wenigen, die der nationalsozialistischen Bewegung in ihrer Spitze angehört hat, ohne von ihr bezaubert zu werden; es gab kein Staatsgeheimnis, in das man ihn nicht eingeweiht, kein Amt, das man ihm nicht anvertraut hätte: im November 1923, beim Bürgerbräukutsch, ernannte ihn Hitler zum Chef der deutschen Armee, bei den Reichstagswahlen im Mai und Dezember 1924 war er Spitzenkandidat auf der Reichsliste der NSDAP, also, wie Hitler betonte, der „Richtungsführer“ der Partei; in den Jahren nach dem Hitler-Prozeß war er einer der drei Parteiführer. Und vor sieben Jahren bestellte ihn Hitler als Kandidaten der NSDAP für das Amt des Reichspräsidenten.

Wir führen diese historischen Daten an, um den General Ludendorff zu legitimieren, ein maßgebendes Urteil über Wert oder Unwert der nationalsozialistischen Sache abzu-

geben; man mag wie auch immer zu seinen sonstigen Eigenheiten, Unzulänglichkeiten und — Einseitigkeiten stehen, auf diesem Gebiet ist er Sachverständiger und Kronzeuge! Ludendorff schreibt u. a.:

„Hitler hat seiner SA, Herrn Röhm zum Führer gegeben, obwohl ihm dessen krankhafte Veranlagung nachweislich seit dem Jahre 1927 wohl bekannt war, ja schon seit dem Jahre 1925 hat bekannt sein müssen ... Der seit liegt der photographische Abdruck von Briefen des Herrn Röhm aus dem Jahre 1929. Ich bekam ihn soeben durch die Post zugelandt; die Handchrift ist durch Vergleich als echt erwiesen ... Herr Hitler hat die ungläubliche Gemütslosigkeit gehabt, nichts zu unternehmen ... Hitlers Schwab ist ins Riesengroße gewachsen ... Herr Hitler hat Herrn Röhm im Kante belassen; nichts kann solchen Tatbestand und solche Schwab je auslösen ... Bekanntlich nennt man ja alle die für das eigene Geschlecht krankhaft Veranlagten das „braune Geschlecht“. Wie sinnlos ist also (für die Hitler-Partei) der Rave des „Dritte Reich“!!! ... Und ein solcher Mann (Hitler) hat sich dem deutschen Volke zweimal als Reichspräsident empfohlen und hat Millionen von Stimmen auf sich vereint ...“

Dieses Dokument ist ein Todesurteil über Hitler und die Diktatur. Ludendorff appelliert an die deutsche Jugend, sich das braune Gemb vom Leibe zu reißen und den Weg von Hitler zur Sauberkeit zurückzufinden!